

Die dritte Periode der europäischen Integration war vor allem die Zeit der Neubelebung des Binnenmarktpfekts. Die allmähliche Liberalisierung des Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sollte nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Gemeinschaft maximieren, sondern auch die Mitgliedsstaaten unter höheren Sachzwang setzen, was die Konvergenz hin zur Stabilitätspolitik im Rahmen des EWS förderte. Der Binnenmarkt sollte auch die europäischen Bürger durch konkrete Verbindungen einander näherbringen und die Gemeinschaft auf den Weg zur politischen Einheit und schließlich zur WWU führen. Er würde auch das Hauptziel der Europapolitik der Bundesrepublik im Rahmen des Gemeinsamen Markts seit den 1950er Jahren verwirklichen.

Die Neubelebung des Binnenmarktpfekts war die Antwort der Gemeinschaft auf den »Shock of the Global«, der die westlichen Volkswirtschaften in den 1970er-1980er destabilisierte.<sup>1</sup> Angesichts der steigenden Energiepreise und des zunehmenden Wettbewerbs in den Sektoren der ersten industriellen Revolution zeichnete sich nun der europäische Kompromiss aus drei Optionen ab: ein nationaler Rückzug zum Protektionismus nach dem Modell der 1930er Jahre; ein »Neomerkantilismus«, der auf der Organisation globaler Märkte durch internationale Behörden beruhte; ein globaler Freihandel, der durch eine Reihe nationaler Akteure nur leicht reguliert würde.<sup>2</sup> Das allmähliche Kippen des europäischen Kompromisses zugunsten letzterer Ausrichtung wurde von der westdeutschen Diplomatie tief beeinflusst, die fast unerschütterlich dessen Hauptstütze war.

Die Bundesrepublik begnügte sich nicht mehr mit der geduldigen Vereitelung von Alternativen, sondern führte eine offensivere Diplomatie, um den Wettbewerb und die Interdependenzen innerhalb des Gemeinsamen Markts zu stärken. Der Anstieg der Interdependenzen zeigte sich am Beispiel Dänemarks, dessen Exporte in die Bundesrepublik zwischen seinem Beitritt 1973 und 1990 von 13 % auf 20 % stiegen, während sie in das Vereinigte Königreich symmetrisch von 20 % auf 11 % zurückgingen.<sup>3</sup> Unter diesen Umständen wa-

<sup>1</sup> Vgl. Fergusson, Niall/Maier, Charles S./Manela, Erez/Sargent, Daniel J. (Hg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge: Harvard University Press 2010.

<sup>2</sup> Vgl. L. Warlouzet: *Governing Europe*, S. 78. Der Begriff »Neomerkantilismus« bezieht sich auf eine Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, die industrielle Produktion im Rahmen des freien Markts zu maximieren.

<sup>3</sup> Vgl. Ingebritsen, Christine: »Pulling in Different Directions: The Europeanization of Scandinavian Political Economies«, in: Katzenstein, Tamed Power (1997), S. 191.

ren viele Mitgliedsländer bereit, mehr Offenheit und Stabilität zu akzeptieren, indem sie sich der westdeutschen Wirtschafts- und Währungspolitik anpassen. Anfangs eher isoliert, sollte es der westdeutschen Diplomatie gelingen, ihre Partner schrittweise im Projekt eines wettbewerbsfähigen Europas als Speerspitze der globalen Integration zu versammeln.

Die Rolle von Thatcher und Reagan bei der Verbreitung des neoliberalen Paradigmas wurde zu Recht weitgehend hervorgehoben<sup>4</sup>, doch der Anteil der liberalen Offensive der Bundesrepublik an dieser Wende wird unterschätzt, ebenso wie der internationale Einfluss der Rückkehr der Christdemokraten an die Macht 1982 und der theoretischen Aktualisierung der Sozialen Marktwirtschaft im Rahmen der »geistig-moralischen Wende«.<sup>5</sup> Paradoxe Weise führten die Erfolge der westdeutschen Europapolitik bei der Europäischen Einheitlichen Akte zur Wiederaufnahme von WWU-Verhandlungen, die von der ursprünglichen Konzeption der Bundesrepublik abweichen sollten.

---

4 Vgl. R. Cockett: Thinking the Unthinkable; D. Geppert: Thatchers konservative Revolution; D. Stedman Jones: Masters of the Universe; M. Prasad: Starving the Beast.

5 Vgl. Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6: 1982–1989/90, Stuttgart: DVA 2006, S. 264–288; Leaman, Jeremy: The Political Economy of Germany under Chancellor Kohl and Schröder, New York: Berghahn 2009, S. 30–68.

